

klar**text**



Seite 4:

PDS-Oberbürgermeister
holt Millioneninvestition
nach Sangerhausen



Seite 13:

PDS-Konzept
zur Schulentwicklungs-
planung

Aufbruch statt Abriss

Seite 3 extra – 1. Mai:

Arbeit und Innovation –
Potenzen des Ostens nutzen

Nach dem heißen Krieg – wie weiter?

In Deutschland gegen Militärmacht EU und Präventivkriegskonzepte kämpfen

von Tobias Pflüger



Der Krieg scheint zu Ende zu sein. Die Truppen der USA und Großbritanniens sind in Bagdad und Basra einmarschiert. Zu den angekündigten Straßenkämpfen ist es nicht gekommen. Grund zur Freude? Oder Grund zur Genugtuung, dass die „Koalition der Willigen“ so schnell gewonnen hat, wie es Gerhard Schröder meinte? Nein. Dieser Krieg ist und war falsch, barbarisch und völkerrechtswidrig. Außerdem ist nur die „heiße Phase“ des Krieges vorbei. Eine Kriegs-Bilanz werden wir erst später ziehen können. Klar ist jedoch, über 1.000 Zivilisten sind bei diesem Krieg von den britisch-us-amerikanischen Truppen und ihren Verbündeten, wie z.B. Polen, umgebracht worden, darunter zwölf Journalisten, von denen vier am letzten offiziellen Kriegstag höchstwahrscheinlich vorsätzlich getötet wurden. Mindestens 10.000 Menschen sind zum Teil schwer verletzt worden. Die Zahl der getöteten irakischen Soldaten wird bei ca. 8.000 liegen. Eine arabische Zeitung brachte den Effekt des schnellen Sieges auf den Punkt: „Appetit auf mehr“. Das nächste Ziel wurde schon ins Visier genommen: Syrien. Ein us-amerikanischer Zivilbeschäftigter bei der US-Army meinte zu mir, die britischen und us-amerikanischen Truppen würden an der neuen irakisch-syrischen Grenze ebenso lange provozieren, bis sie schon einen Vorwand für einen Angriff finden würden. Dies ist einer der befürchteten Dominoeffekte des Irakkrieges. Und in Deutschland ist jetzt „Friede, Freude, einig Vaterland“? Nein, die

Bundesregierung gehörte wie Jordanien de facto zur erweiterten Koalition der Willigen. Ein Großteil der kriegsrelevanten Transporte lief über Deutschland (Airbases Frankfurt, Ramstein, Spangdahlem, Häfen Bremen, Hamburg, Nordenham, Bremerhaven, Emden, u.a.). Die Bundeswehr entlastet(e) die kriegsführenden Truppen durch ihren Wachdienst („Es geht um den politischen Schulterschluss“). Die rot-grüne Bundesregierung fährt eine Doppelstrategie: Einerseits will sie bei der Nachkriegsordnung dabei sein, andererseits bastelt sie gemeinsam mit Frankreich und Belgien an einer militärischen Gegenmacht. Schröder kündigte in der ZEIT an, dass die Konsequenz des deutschen Neins im diplomatischen Bereich eine Entwicklung einer eigenständigeren Politik, vor allem mit Frankreich und der EU, und die weitere Aufrüstung der Bundeswehr sein müsse. Parallel dazu hat Peter Struck die Kriterien für die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien für die Bundeswehr vorgelegt. Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan teilte mit, dass genau das dem Irakkrieg zugrunde liegende Präventivkriegskonzept Bestandteil dieser Verteidigungspolitischen Richtlinien sein soll.

Offensichtlich hat hier die rot-grüne Bundesregierung aus dem Irakkrieg und der damit einhergehenden weltpolitischen Neuordnung die völlig falschen Konsequenzen gezogen. Gut, dass es die Friedensbewegung und mit ihr die PDS gibt, die sowohl eine Weltmacht USA als auch eine Weltmacht EU ablehnen und die gegen die weitere Herausbildung einer Interventionsarmee Bundeswehr sind und sich für konkrete Abrüstungsschritte wie die Forderung nach Auflösung der Bundeswehr-Einsatzkräfte einsetzen.

Tobias Pflüger ist Vorstand der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. und im wissenschaftlichen Beirat von attac

www.imi-online.de

KOLUMNE

Nach dem heißen Krieg – wie weiter? Seite 2

SEITE 3

Arbeit und Innovation –
Potenzen des Ostens nutzen Seite 3

INTERVIEW

Interview mit Fritz-Dieter Kupfernagel,
OB von Sangerhausen Seite 4

THEMEN

Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt
weiterhin präsent Seite 6

Hauptschule passt zu Stoibers
Sozialabbauplänen Seite 6

Diskussion über Folter
erschreckend Seite 7

Keine Verschiebebahnhöfe bei den
Sozialversicherungssystemen Seite 7

Im doppelten Sinne benachteiligt ... Seite 8

EU muss auch Sozialunion sein Seite 8

Adolf Horacek – ein ehemaliger
Zwangsarbeiter aus Wittenberg Seite 8

JUGEND

Lebens(end)würfe –
Bundesjugendtreffen der PDS Seite 9

REGIONALES

Ein Neuer für Halberstadt Seite 10

Im Visier: Theater Zeitz Seite 10

Frühling in Magdeburg Seite 11

Fuxbau in Hettstedt Seite 11

Kraniche aus Sangerhausen Seite 11

KULTUR

Gedächtnis der Menschheit Seite 12

Landesregierung vernachlässigt
Soziokultur Seite 12

DOKUMENTIERT

PDS zur Schulentwicklungsplanung
in Sachsen-Anhalt Seite 13

SPORT

Fragwürdige Stadionneubauten ... Seite 15

Leserbriefe Seite 15

Impressum Seite 15

Termine Seite 16

Kontakt

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Redaktion klartext

Ebendorfer Straße 3

39108 Magdeburg

Tel.: 03 91/7 32 48 40

Fax: 03 91/7 32 48 48

landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

www.pds-sachsen-anhalt.de

Arbeit und Innovation – Potenzen des Ostens nutzen

von Sabine Dirlich und Dr. Frank Thiel

Die kleinkarierte Diskussion um das Sonderwirtschaftsgebiet Mitteldeutschland durch die Landesregierungen von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen machen das Desaster der ostdeutschen Entwicklung der letzten zwölf Jahre deutlich. Die einzige Chance für den Aufholprozess gegenüber dem Westen wird in Billigjobs, der Unterwanderung von Mitwirkungsrechten und dem Unterlaufen ökologischer Standards gesehen. Die PDS in Sachsen-Anhalt will einen anderen Ansatz. Wir müssen endlich die Stärken des Ostens in den Mittelpunkt stellen: die Menschen mit ihren spezifischen Erfahrungen.

Wir wollen deshalb:

Den Osten als Produktionsstandort für Wissenschaft entwickeln

Stabiles Wirtschaftswachstum ist in Sachsen-Anhalt nur dann zu haben, wenn eine Produktion stattfindet, die ein hohes Lohnniveau und eine hohe Wertschöpfung gleichzeitig garantiert. Innovationen aus Forschung und Technologie sind dafür Voraussetzung. Wir brauchen ein tragfähiges Technologiekonzept mit dem Schwerpunkt Netzbildung zwischen Industrie und Wissenschaft. Wir brauchen Wirtschaftsförderung in Wertschöpfungsketten bis zum Endprodukt innerhalb von Sachsen-Anhalt. Wir brauchen ein Sonderprogramm zur Beschäftigung von Hoch-



Dr. Frank Thiel (wirtschaftspolitischer Sprecher)

schulabsolventen im Osten, um die Abwanderung zu stoppen.



Sabine Dirlich (arbeitsmarktpol. Sprecherin)

Den Vorteil des ostdeutschen Bildungs- und Kulturpotenzials stärker nutzen

Das vorhandene Bildungspotenzial in der vorschulischen, schulischen wie in der Hoch- und Fachschulbildung gilt es als Wettbewerbsfaktor zu nutzen. Wir brauchen nicht den Abbau zum Mittelmaß, sondern den gezielten Einsatz der vorhandenen Pädagogen für eine höhere Qualität der Bildung. Unsere dichte Kulturlandschaft gilt es zukunftssicher und nicht platt zu machen. Wir brauchen die Pflege unseres kulturellen Erbes als Voraussetzung für Innovation und Identität.

Effektive Verwaltung zur Erhöhung der Attraktivität einsetzen

Ostdeutsche Verwaltungen haben seit 1990 permanent neue Anforderungen bewältigen müssen. Diese Flexibilität gilt es zu bewahren. Wir wollen Entscheidungskompetenzen vor Ort und aus einer Hand. Der Obrigkeitsstaat mit seiner Ordnungsverwaltung muss zu einem Bürgerstaat

mit bürger- und wirtschaftsfreundlicher Dienstleistungsverwaltung werden. Landesgesetze und Verwaltungsvorschriften müssen Entwicklung befördern und nicht verhindern.

Ein Sonderwirtschaftsgebiet Ost schaffen

Wir fordern eine zeitlich befristete Aussetzung des Wettbewerbsrechts, damit alle öffentlichen Investitionen durch Zulassung beschränkter Ausschreibung an ostdeutsche Unternehmen vergeben werden können. Öffentliche Gelder sollen mehr zur konkreten Auftragsvergabe anstatt zur pauschalen Förderung eingesetzt werden. Bei Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau sind Fördermittel anteilig zurückzuzahlen.

Den Zweiten Arbeitsmarkt auf hohem Niveau erhalten

Wirtschaftspolitik allein kann das Problem Arbeitslosigkeit nicht lösen. Wir brauchen deshalb eine Arbeitsmarktpolitik, die kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Personalentwicklung und bei der Nutzung neuer Technologien unterstützt. Arbeitsmarktpolitik soll aber auch gemeinwohlorientiert sein. Sie soll Arbeitslosen eine sinnvolle Beschäftigung bieten und gleichzeitig zusätzliche Angebote im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich schaffen. Es gilt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und nicht die Arbeitslosen. Die Hartz-Gesetze verschärfen die Probleme, anstatt sie zu lösen.



„Ich habe die Zusage für eine 60-Millionen-Investition“

Interview mit dem Sangerhäuser Oberbürgermeister Fritz-Dieter Kupfernagel (PDS)



Fritz-Dieter Kupfernagel

Deine OB-Wahl vor sieben Jahren war nicht ohne bundesweite Beachtung. Die Zeitungen waren alle hier, auch die überregionalen. Der zweite PDS-OB in Deutschland. Du warst immer trotz oder auch wegen der großen Erwartungen Realist. Wie ist Deine Bilanz?

Ich denke, dass mit den vor sieben Jahren noch vorhandenen Bedingungen, die sich ja heute wesentlich verschlechtert haben, durch mich eine ganze Reihe von Dingen in Angriff genommen worden sind. Wirtschaftsförderung – das kann in dieser Region nicht anders sein – stand für mich dabei immer im Vordergrund.

Wir haben Entscheidungen getroffen, die doch Anlass zu begrenztem Optimismus geben. Wir haben ein Gewerbegebiet am Thomas-Müntzer-Schacht völlig neu erschlossen und konnten es nach dieser Erschließung, die natürlich nur mit Fördermitteln von Bund, Land und Europa möglich war, auch recht ordentlich vermarkten, im Moment etwa 85 Prozent. Wir haben in meiner Zeit bei der Erschließung des Helmeparks einen Riesenfortschritt gemacht. Am Weinlager sind heute etwa 250 Arbeitsplätze sicher angesiedelt.

Ich führe seit Dezember 1996 regelmäßig Betriebsbesuche durch. Das heißt also, ich bin monatlich mit meiner Amtsleiterin für Wirtschaftsförderung in Betrieben der Stadt Sangerhausen unterwegs und habe dadurch recht gute Kontakte zur Wirtschaft entwickeln können.

Das bringt uns zu der Frage nach dem US-Investor, der in Sangerhausen Motorräder produzieren möchte. Wie ist da der aktuelle Stand?

Der Business-Plan ist erstellt. Jetzt brauchen wir bloß noch das okay von Don Logan, dem Investor. Es könnte in vier bis sechs Wochen losgehen. Ich will mich zeitlich aber nicht binden, ich sage, wenn es in diesem Jahr noch klappt, reicht das aus.

„Zum Deutschen Rosenkongress erwarten wir in Sangerhausen 600 Gäste aus dem In- und Ausland.“

Das heißt, du hast die Zusage, dass er investiert?

Die habe ich, sogar schriftlich, weil ich es gefordert habe.

Wie viele Arbeitsplätze werden dadurch geschaffen?

Etwa 200, allerdings in einem Zeitraum der Entwicklung von anderthalb bis zwei

Jahren. Es wird zunächst mit einer reinen Montagearbeit begonnen werden, das heißt, die Teile werden aus Amerika geliefert. Er hat ein neues Produkt entwickelt, einen neuen Motor, neue Chassis usw. Das neue Motorrad will er gleichzeitig in Amerika und in Sangerhausen auf dem Weltmarkt einführen.

Kannst du uns etwas zum Investitionsvolumen sagen?

Es wird sich nach den bisher absehbaren Zahlen um 60 Millionen Euro handeln. Er beginnt in zwei Etappen. Für die ersten anderthalb Jahre – und das war immer schon so gedacht – in einer vorhandenen Halle, um mit den Maschinen die Leute anzulernen und mit ihnen die Produktion vorzubereiten, und in der gleichen Zeit wird die Investition in eine neue Fabrik – 25.000 Quadratmeter – im Helmepark vollzogen, um dann gleich umzuziehen und mit qualifizierten Leuten loszupowern.

Wenn man vom Bahnhof zum Rathaus läuft, sieht man eine ganze Menge. Es hat sich viel getan. Wenn man in die anderen Stadtbezirke geht, ist es ähnlich. Sangerhausen hat einen 1. Preis für sein Stadtumbaukonzept erhalten. Die Stadt kann aber nicht so, wie sie möchte. Woran hakt es?

Das ist richtig. Es hakt an mehreren Dingen. Hauptsächlich an den Kommunalhaushalten, die ja immer weiter nach unten gefahren werden mussten. Das hat dazu geführt, dass ich in den letzten Jahren in jeder Hinsicht immer weiter zurückschrauben musste, auch, was Stadtumbau, Stadtentwicklung betrifft.

Wir haben, im Sinne langfristigen Denkens, ein Stadtentwicklungskonzept gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen, mit den Stadtwerken, jetzt auch mit den Wasserwerken erarbeitet.

Aber wenn es um Umfeldgestaltung, um technischen Rückbau geht, muss die Stadt 25 Prozent Eigenanteil erbringen. Das kann ich nicht. Die städtischen Gesellschaften oder die Stadtwerke sagen zwar, das würden sie aufbringen, weil wir ja daran interessiert sind, diesen Umschluss in Größenordnungen vornehmen zu können, aber das dürfen wir nicht. Denn die Städte sollen an der

Finanzierung beteiligt sein. Das ist meiner Meinung nach der Grundgeburtsfehler dieses Stadtumbauprogramms. Die knapper werdenden Kommunalfinanzierungen haben dazu geführt, dass ich seit vorigem Jahr einen unausgeglichene Haushalt habe. Dieser unausgeglichene Haushalt hat zur Folge, dass wir jetzt mit dem Stadtrat noch einmal eine Beratung durchführen müssen. Letzten Endes muss ich die Investitionshilfe - die Kommunalaufsicht fordert das von mir - in den Verwaltungshaushalt einstellen.



Portal des Sangerhäuser Rathauses

Das heißt also: Von den 567.000 Euro, die ich bekomme, müssen 463.000 Euro in den Verwaltungshaushalt. Damit steht mir das Geld für Investitionen nicht mehr zur Verfügung.

Sangerhausen hat dieses Jahr ein großes Jubiläum: 100 Jahre Rosarium. Sag uns doch bitte etwas zu dem Programm! Wie feiert die Stadt?

Das ist ein sehr umfangreiches Programm für das gesamte Jahr. Wir haben die „100 Jahre“ genutzt, um das Alleinstellungsmerkmal Europa-Rosarium noch viel stärker deutschland-, europa-, weltweit zu vermarkten. Deshalb haben wir auch eine GmbH gegründet. Das ist ein wichtiger Aspekt, damit viele Ausgaben aus dem Stadthaushalt herauskommen. Gesellschafter dieser Rosenstadt Sangerhausen GmbH ist der Fremdenverkehrsverein. Er bekommt aber als Verein von der Stadt über eine schon zwölf Jahre bestehende Vereinbarung einen Zuschuss, um seine Aufgaben erfüllen zu können.

Die Veranstaltungen erstrecken sich beinahe über das gesamte Jahr. Das Festjahr hat bereits am 18. Januar mit einer Eröffnungsveranstaltung begonnen, zu der der Ministerpräsident unseres Landes als Schirmherr die Festrede hielt. Dagmar Frederic und Dagmar Berghof konnten als Repräsentantinnen des Europa-Rosariums gewonnen werden. Am 19. April folgte das „Frühlingserwachen“ im Europa-Rosarium. Die neue Rosenkönigin wird am 3. Mai gekürt. Ein wichtiger Höhepunkt ist sicher der Deutsche Rosenkongress im Juni. Dazu muss man wissen, dass zur Gründung des Rosariums vor 100 Jahren auch ein Rosenkongress stattfand. Etwa 600 Personen aus dem In- und Ausland haben sich bereits angemeldet. Eine Woche später ist in Glasgow der Europäische Rosenkongress. Alle, die dorthin wollen, kommen über Sangerhausen. Vergessen will ich auch nicht die Nacht der 1.000 Lichter. Wir werden zum ersten Mal einen Literaturwettbewerb durchführen. Die Sangerhäuser Literaturtage im November bilden den Abschluss des Festjahres. Ich könnte Stunden darüber reden. Das Programm ist so umfangreich - ich kann nur jeden nach Sangerhausen einladen!

Wir haben am Anfang über deine Bilanz geredet. Du hast die ganze Zeit gegen oder mit einer großen Koalition regiert. Nicht die einfachste Situation...

Ja, ja, wobei das verschärft seit 1999 so ist. Bis 1999 war eine einigermaßen vernünftige Sachpolitik auf der kommunalen Ebene möglich. Da gab es auch wechselnde Mehrheiten zu bestimmten Entscheidungen, zu großen Teilen an Sachpolitik orientiert. Seit der Kommunalwahl 1999 gibt es eine Geheimkoalition von CDU und SPD. Das Wort darf man ruhig benutzen, es ist ja noch nie öffentlich klar geworden, was in ihrem Koalitionsvertrag steht. Von den Äußerungen her immer nur eines: der PDS-Oberbürgermeister muss weg.

Es entsteht der Eindruck: Einer gegen alle. Wie gehst du am 11. Mai in die Wahl?

Einer gegen alle. (lacht) Wie gehe ich ran? Ich weiß, dass ich eine ganze Reihe von Dingen geleistet habe. Man sollte aber nie überheblich sein und sagen: Dir kann nichts passieren. Ich weiß, dass

gerade von der SPD – leider – sehr stark gegen mich gearbeitet wird. Ich sage bewusst leider, weil ich eigentlich glaube, dass da die engsten Verbündeten



Marktplatz von Sangerhausen

sein könnten für bestimmte Gemeinsamkeiten, die man doch in politischen Dingen hat, nicht generell, aber noch eher als vielleicht mit der CDU.

Man wird versuchen, mit einer ganzen Reihe von Argumenten das, was gut gelungen ist, klein zu reden – wegreden kann man es nicht, aber man wird es klein reden wollen – wird vielleicht dabei noch stärker versuchen, meine Ausstrahlung in irgendeiner Weise zu beschädigen. Man wird versuchen, an meinem Lack zu kratzen. Darauf muss ich mich einstellen, aber ich denke schon, dass ich mit gesundem Selbstbewusstsein an diese Wahl herangehen kann.

Zum Schluss: Wann kommt dein nächstes Kinderbuch?

Es sollte eigentlich jetzt irgendwann erscheinen. Aber ich habe es zeitlich nicht gepackt. Ich stehe in der Endphase. Es ist konzeptionell fertig. Aber es fehlen noch etwa zehn Seiten. Wenn ich wieder Zeit habe...

Wir danken dir herzlich.

Das war's schon?

Ja.

Das Gespräch führten Matthias Höhn und Dr. Martin Reso.

Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt weiterhin präsent

von Matthias Gärtner

Mit dem Scheitern des NPD-Verbotese ist deutlich geworden, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wesentlich über die Diskussion zu gesellschaftlichen Normen und Werten und Demokratie geführt werden muss. Seit der bundesweiten Diskussion im Jahr 2000 dazu und darauf eingeleiteter zahlreicher Initiativen ist es diesbezüglich auffallend ruhig geworden.



Matthias Gärtner

In Sachsen-Anhalt wurde im Zuge der Haushaltsberatungen für das Jahr 2003 letztlich auch das Aus der mühsam im Land durch den Verein „Miteinander e.V.“ aufgebauten Netzwerkstruktur

gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit durch die CDU/FDP-Koalition eingeleitet. Mit dem Regierungswechsel wurde eine Wende in der politischen Kultur im Land eingeläutet. Obwohl die Statistik einen Rückgang der rechtsextremistischen Straftaten im Vergleich der Jahre 2001 und 2002 im Land ausweist, zeigen zahlreiche Ereignisse, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt unverändert präsent sind. Beispielhaft sind die brutalen gewalttätigen Übergriffe von Neonazis in den letzten Wochen auf Ausländer und Andersdenkende in Magdeburg und Schönebeck und das massive Auftreten von Neonazis auf den Antikriegsdemonstrationen.

Insbesondere die NPD hat im letzten Jahr durch zahlreiche Aktivitäten versucht, ihre Struktur im Land zu stabilisieren. Das Wirken der so genannten Kameradschaften findet mit dem Ziel statt, Jugendlichen eine lebensweltliche Identität zu geben. Diese Kameradschaften existieren mittlerweile flächendeckend im Land. Besonders wichtig sind hier Selbstschutz Sachsen-Anhalt, Ostara-Skinheads Sangerhausen, Sachsen-Anhalt-Front, Weiße Brüderschaft Merseburg und die Kameradschaft Köthen. Unteretzt werden diese Aktivitäten durch den Vertrieb von so genannten Fanzines, wie z.B. Reaktion 88 (Altmark), Ostara, Der Fahnenträger (Dessau), Der Harz-Sturm (Wernigerode). Auch wenn

eine Gesamtauflage aller Fanzines von 2.500 Stück gering klingt, ihre Wirkung ist groß. Untersuchungen haben ergeben, dass ein Heft von 25 Personen gelesen wird. Dazu gehört ein breites Vertriebsnetz von Rechtsrock-Musik. Rechte Musik und Outfit bedeuten Lifestyle besonders in der jugendlichen Szene. Notwendig ist eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in

„NPD versucht, ihre Strukturen im Land zu stabilisieren.“

Sachsen-Anhalt. Die 1999 eingeleitete Diskussion zum Programm für ein weltoffenes und tolerantes Sachsen-Anhalt ist erneut und konsequent aufzunehmen. Wir brauchen im Land eine Kultur des Mahnens und Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. So muss zum Beispiel die KZ-Gedenkstätte Schloss Lichtenburg in Prettin authentischer Bestandteil des Schlosses sein, das als eines der ersten Konzentrationslager in Deutschland von den Nazis genutzt wurde. Dies ist deshalb so notwendig, weil sehr bald Zeitzeugen des Faschismus nicht mehr vorhanden sein werden. Einzige „Zeitzeugen“ sind dann die Mahn- und Gedenkstätten.

Hauptschule passt zu Stoibers Sozialabbauplänen

von Dr. Rosemarie Hein

Nun hat die Landesregierung die Hauptschule wieder aus der Taufe gehoben. PISA belegt zwar, das Deutschland mit seinem gegliederten Schulsystem vor allem die größte soziale Ausdifferenzierung von allen untersuchten Ländern aufweist, was nichts anderes heißt, als dass Kinder aus sozial komplizierten Verhältnissen schlechtere Bildungschancen aufweisen. Aber die Landesregierung meint trotzdem, dass man den Teufel am besten mit dem Beelzebub austreibt. Wer langsamer lernt, der soll nun nicht mehr so viel lernen müssen. Wahrlich ein Segen. Nicht zielgerichteter Nachteilsausgleich, sondern Beschränkung auf eine „grundlegende Allgemein-

bildung“ und ein Hauptschulabschluss nach nur neun Jahren Schulzeit ist Ziel des auf den Hauptschulabschluss orien-

„Lösungsmuster des 19. Jahrhunderts – wahrlich ein Segen!“

tierten Unterrichts. Eigens dazu wurde die Vollzeitschulpflicht auf neun Jahre gesenkt. Nur wer besondere Leistungen nachweist, kann die zehnte Klasse fortsetzen. Zu allem Überfluss können Eltern und Schüler zwar kaum noch mitentscheiden, in welchen Unterricht das Kind

einsortiert wird, es zählt allein die erreichte Leistung. Dabei ist seit PISA klar, dass man mit gleichen Lernergebnissen sowohl im Hauptschul- als auch im Realschulzweig landen kann, sogar zum Gymnasium gibt es deutliche Überlappungen. In der Anhörung haben Vertreter der Wirtschaft zudem bestätigt, dass ein noch so guter Hauptschulabschluss Nachteile bei der Lehrstellensuche mit sich bringt. Aber was kümmert das christdemokratische und liberale Bildungsexperten. Zurück ins 19. Jahrhundert heißt das bildungspolitische Lösungsmuster.

Na, wenigstens passt das exakt zu Stoibers Sozialabbauplänen.

Diskussion über Folter erschreckend

von Gudrun Tiedge

Äußerungen verantwortlicher Politiker, wie die der Bundesjustizministerin Zypries, dass „Folterdrohung rechtfertigender Notstand sei“, oder die des hessischen Ministerpräsidenten Koch, dass er „Folter für menschlich verständlich halte“, haben uns veranlasst, auf der März-Sitzung des Landtages einen Antrag einzubringen, der eine klare Stellungnahme des Parlamentes zum Folterverbot beinhaltet.

Dass gerade in Deutschland wieder laut über die Möglichkeit von Folter als legitimum Mittel der polizeilichen Arbeit nachgedacht wird, hat uns zutiefst erschreckt.

Es ist gerade erst siebzig Jahre her, dass mit diesem Instrument die Gräueltaten in den Konzentrationslagern begannen, dass Menschen wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugung oder ihres Andersseins zu Tode gefoltert wurden.

Es gibt kein höheres Gut als das menschliche Leben und seine Unversehrtheit. Aus diesem Grund ist das Folterverbot ausnahmslos festgeschrieben: in Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, in Artikel 3 der Menschenrechtskonvention und in Artikel 1 des Grundgesetzes.

Ein Aufweichen würde nicht nur gegen geltendes nationales und internationales Recht verstoßen, es wäre ein Salto mortale rückwärts ins Mittelalter. So schlimm und so grausam einzelne Verbrechen sind – sie rechtfertigen nicht den Ruf nach einem übergesetzlichen Notstand, in dem scheinbar der Zweck jedes Mittel heiligt.

Die Verfechter der Möglichkeit, Folter anzuwenden, gehen überdies von der irrigen Annahme aus, dass Aussagen unter Folter immer der Wahrheit entsprechen. Dagegen ist es zumeist nur die „Wahrheit“, die der Folterer hören will.

DER SPIEGEL meldete am 7. April 2003, ein geplanter Antrag der Grünen zur Ächtung jeglicher Form von Folter sei von der SPD intern abgelehnt worden. Eine öffentliche Debatte über diesen Antrag zum jetzigen Zeitpunkt könne Bundesjustizministerin Zypries (SPD) schaden, die Verständnis für Folterandrohung im Fall Jakob von Metzler geäußert hatte.

Keine Verschiebebahnhöfe bei Sozialversicherungssystemen

von Birke Bull

Es ist wahrlich nicht mutig, den Empfängern von Arbeitslosenhilfe das Einkommen auf Sozialhilfeniveau herunter-



Birke Bull

zukürzen, damit die sich auf die Suche nach nicht vorhandenen Arbeitsplätzen begeben. Unverschämt sind gar Stoibers Pläne, die Sozialhilfe auf 75 Prozent zu senken. Es ist auch nicht mutig, von Patienten nun Praxisgebühren zu kassieren, oder das Krankengeld zur Privatsache zu erklären, damit sich Patienten reiflich überlegen, ob sie krank werden oder lieber nicht.

Der Sozialstaat sei nicht mehr bezahlbar! Mit einer schmaler werdenden finanziellen Grundlage freilich nicht. Die Politik produziert Verschiebebahnhöfe

zulasten der Versicherten. Weniger Arbeits- und Ausbildungsplätze bringen weniger Beiträge.

Das Gesundheitssystem ist zweifellos reformbedürftig! Gemessen am Geld im System ist die Qualität mager. Es gibt Fehl- und Unterversorgung. An die Stelle kleinlichen Kompetenzgerangels und betriebswirtschaftlicher Konkurrenz unter den Ärzten und Krankenkassen gehörten medizinische Netzwerke wie etwa Gesundheitszentren und Polikliniken. Der Wettbewerb um Qualität dagegen würde auch mit weniger Krankenkassen funktionieren. Die Kleinstaaterei verschleudert Geld und Patienten haben lange Wege und ungewisse Wartezeiten. Der Kanzler will das Solidarprinzip erhalten. Fürs Erste unterstützenswert. Wenn aber die Versicherungssysteme Versicherung für alle bleiben sollen, gleich welchen Alters, welchen Geschlechts, welchen Gesundheitszustandes, mit welchem Geldbeutel ausgestattet, dann gehört es auf breitere Schultern. Besser Verdienende stehlen sich davon in die private Versicherung, sind nicht mehr zuständig für das Solidarprinzip.

Wirklich mutig wäre gewesen, die Pflichtversicherungs- und die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen. Für die Risiken des Lebens, für Krankheit, Arbeitslosigkeit und Rente sollen alle zahlen! Warum auch nicht? Denn die Sozialversicherungssysteme sind keineswegs krank, sie sind mangels Einnahmen am Verhungern!

Fachkonferenz der PDS zum Stadtumbau

Der notwendige Stadtumbau in Ostdeutschland muss die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Standortattraktivität weiter auszubauen, um aus dem Teufelskreis Bevölkerungsverlust – Verschlechterung der Infrastruktur – Finanznot der Kommunen durch sinkende Einnahmen herauszukommen. Die Kommunen, die Wohnungseigentümer, die Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Kreditinstitute sind im gemeinschaftlichen Interesse aufgefordert, den Stadtumbauprozess umzusetzen.

Die Landtagsfraktion der PDS wird am 24. Mai 2003 im Landtag von Sachsen-Anhalt eine entsprechende Fachkonferenz mit allen am Stadtumbauprozess Beteiligten durchführen. Alle interessierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind dazu eingeladen.

Infos sind über das Büro Frank Radschunat (wohnungspolitischer Sprecher) unter 03 91/560 51 16 oder radschun@pds.lt.lsa-net.de erhältlich.

Im doppelten Sinne benachteiligt

von Britta Ferchland

Der Rat der Europäischen Union hat das Jahr 2003 zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung ernannt. Grund genug sich dem Thema „Frau mit Behinderung“ näher zu widmen.

Auch wenn die Politik in den letzten Jahren einen Perspektivwechsel vollzogen hat und behinderte Männer und Frauen, die bislang eher Objekt der Fürsorge waren, nun eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, ist festzustellen, dass Frauen mit Behinderung doppelt diskriminiert sind – als Behinderte gegenüber Nichtbehinderten und als behinderte Frauen gegenüber behinderten Männern.

Behinderte Frauen sind nicht wie angenommen bei der Ausbildung benachteiligt, sondern sie sind es bei der Eingliederung in den Beruf. Nur 18,4 Prozent der befragten Frauen mit Körper- und Sinnesbehinderung haben keinen Berufsabschluss und dies bundesweit. Trotzdem sind nur 44,4 Prozent der befragten Frauen erwerbstätig. Von den behinderten Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, sind es im Bundesvergleich zwei Drittel Männer und nur ein Drittel Frauen.

Aber nicht nur der Anspruch auf eine eigenständige Existenz ist für behinderte Frauen wichtig, es geht um ein selbstbestimmtes Leben und das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Daher ist die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen auch in den Mittelpunkt zu rücken. Untersuchungen zeigen, dass behinderte Frauen gleichermaßen Opfer sexueller Gewalt sind wie Frauen ohne Behinderung.

Die alles und mehr wird in diesem Jahr diskutiert werden. Hoffentlich nicht nur in diesem Jahr!

Die Landtagsfraktion der PDS wird am 17. Mai 2003 einen Workshop zur Lebenssituation behinderter Mädchen und Frauen in Sachsen-Anhalt durchführen und die Antworten der Landesregierung zur Großen Anfrage der PDS genau auf den Prüfstand stellen.

Deutlich wird in der Beantwortung u.a., wie tief immer noch Vorurteile verankert sind, die ein barrierefreies Denken stören. Wir wollen dazu beitragen, dies zu verändern!

EU muss auch Sozialunion sein

von Dr. Angelika Klein

Seit Februar 2002 tagt der „Konvent zur Zukunft Europas“. Er hat die schwierige Aufgabe, einen Verfassungsvertrag für die Europäische Union auszuarbeiten und diese dem Rat der Staats- und Regierungschefs im Juni 2003 in Thessaloniki vorzulegen. Die Veränderungen durch die bevorstehende Erweiterung der EU sind zu berücksichtigen. Die Entscheidungsfindung muss demokratischer und für die Bürger transparenter und nachvollziehbarer werden. Die Europäische Grundrechtecharta, angenommen im Dezember 2000, soll Bestandteil der künftigen Verfassung Europas werden.

Die 102 Mitglieder des Konvents arbeiten in zehn Arbeitsgruppen. Vertreter von Zivilgesellschaften und von europäischen Jugendorganisationen werden in die Arbeit einbezogen. Inzwischen liegen die ersten 34 Artikel des Verfassungsentwurfs vor. Die Abgeordneten

der PDS im Europaparlament setzen sich in diesem Prozess dafür ein, dass die EU nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion ist, sondern dass auch die Beschäftigungs- und Sozialunion Ziel sein muss. Der Erhalt und der Ausbau des Sozialstaates, des europäischen Sozialmodells ist notwendig, da mit dem gemeinsamen Binnenmarkt den Mitgliedsstaaten Instrumentarien entzogen wurden, um den sozialen Ausgleich zu gestalten. Aber auch die Gleichstellung von Frauen und Männern (gegenwärtig im Artikel 2 des EG-Vertrages) und die Ächtung von Angriffskriegen gehören unserer Meinung nach in eine europäische Verfassung.

Die Europäische Union greift tief in unsere aller Leben ein, deshalb muss der Konvent das Integrationsfundament zukunftsfähig gestalten, wenn die Akzeptanz Europas bei den Bürgern wieder wachsen soll.

Adolf Horacek – ein ehemaliger Zwangsarbeiter aus Wittenberg

von Matthias Gärtner

Es ist der 7. März 2003, und ich bin in einem kleinen Städtchen namens Lomnice zwischen Hradec Kralove und Liberec in Tschechien. Hier will ich einen ehemaligen Zwangsarbeiter treffen, der in Wittenberg im Totaleinsatz war. In der Uliža Seiferta öffnet uns eine freundliche ältere Dame die Pforte und stellt



uns ihrem Mann vor. Es ist Adolf Horacek, geboren am 29. Januar 1919. Am 15. März 1943 ist er zum Zwangsdienst in einer Flugzeugfabrik in Usti von den Nazis verpflichtet worden. Die Flucht von da zu den Partisanen scheiterte im Oktober 1944 an der tschechisch-slowakischen Grenze. Er landete im Gestapo-Gefängnis in Usti. Wenige Tage

später wurde er zur Zwangsarbeit nach Wittenberg in die Arado-Flugzeugwerke geschickt. Was ist seine schlimmste Erinnerung an Wittenberg, frage ich ihn. Die Bombenangriffe auf die Stadt, antwortet mir Herr Horacek, denn sie hatten keinen Schutz. Sie mussten zwölf Stunden am Tag arbeiten, Kontakt zur Wittenberger Bevölkerung gab es so gut wie keinen. Besonders schlimm gestaltete sich die Versorgungssituation. So habe man wegen Lebensmittelmangels Katzen essen müssen. Den besten Salat aus Gras konnten die russischen Zwangsarbeiter machen, erinnert sich Horacek. Wer keine Lebensmittelpakete von zu Hause erhielt, musste hungern. Nach dem Weihnachtsfest 1944, das er in seiner Heimat verbrachte, kehrte er nicht mehr in die Lutherstadt zurück. Tausende Zwangsarbeiter mussten wie Adolf Horacek in Wittenberg in den Flugzeugwerken für den Krieg schufften. Viele mussten das mit ihrem Leben bezahlen. In Wittenberg wird momentan ein Streit geführt, ob man sich ein Mahnmahl zur Erinnerung an die Leiden der Zwangsarbeiter für 20 000 Euro „leisten“ kann...

Lebens(end)würfe – Bundesjugendtreffen der PDS vom 13. bis 15. Juni 2003 im Berliner Kunsthaus Tacheles

von Dominic Heilig

Noch ist der 22. September 2002 nicht ganz verdaut. Darf er auch nicht. Denn diese schmerzende Erinnerung ist für Veränderungswillen in der PDS noch immer nötig. Das Wichtigste an dieser kurzen Erkenntnis ist aber, dass Veränderungen in der PDS möglich sein müssen.

Von Parteireform über Strukturveränderungen bis hin zum neuen Programm-entwurf, die PDS hat sich viel vorgenommen, um sich neu zu formieren. Manches Mal scheint es so, als breche nun eine wahre Flut an Konferenzen und Tagungen über die PDS-Mitglieder und Sympathisanten herein.

Veränderungen von Strukturen nützen aber herzlich wenig, wenn sie nicht auch von der Mitgliedschaft mit Leben erfüllt werden. Ein neues Programm der Partei verliert dann seine Wirkung, wenn es nicht von denen getragen wird, für die es eben auch geschrieben wurde. Für die zukünftigen Generationen. Diese müssen sich dann aber auch in die Debatten einbringen (wollen).

Doch in den letzten Jahren wurde sichtbar, dass junge Menschen in der Partei immer weniger Motor von Veränderungen waren. Im schlimmsten Fall waren sie nicht mal mehr Teilnehmende an Debatten. Viele haben sich in ihre Strukturen zurückgezogen und traten fortan mehr als Konsumenten, denn als Produzenten von Politik auf. Die Kommunikation mit der Partei und ihren

Verantwortlichen nahm ab. Die Vernetzung zwischen den Jugendstrukturen kam mancherorts zum Erliegen.

Einige junge PDS-Mitglieder und Sympathisanten trat die anfangs beschriebene schmerzende Erfahrung aus dem vergangenen Jahr aber so sehr in die Magengegend, dass sie der Meinung waren, einen neuen Anstoß für Beteiligung Jugendlicher in der PDS zu wagen. Sie wollen den Diskurs zwischen den Jugendlichen und mit den Vertretern älterer Generationen wieder beleben. Nach einem entsprechenden Antrag auf dem Geraer Parteitag haben wir uns darauf geeinigt, ein PDS-Bundesjugendtreffen durchzuführen.

Unter dem Titel „Lebens(end)würfe“ wollen wir junge, linke Menschen vom 13. bis 15. Juni 2003 nach Berlin holen, gemeinsam lustvoll und spannend diskutieren, Ideen entwickeln und ein neues Selbstbewusstsein verkörpern.

Aber warum „Lebens(end)würfe“? Ziel der Veranstaltung ist es, Diskussionen zu verschiedenen Lebensentwürfen junger Menschen zu führen, Problemfelder zur Gesellschaft, aber auch zur eigenen Partei aufzuzeigen und ein gemeinsames Agieren möglich zu machen. Wir sind der Auffassung, dass wir mit dem Titel sehr nah an den brennenden Problemen Jugendlicher mit ihrer Umwelt anknüpfen. Denn dieses Thema vereint verschiedene Bereiche, wie Bildung, Arbeit, Abbau sozialer Sicherungssysteme, Globalisierung, Krieg und Frieden, Drogenpolitik und vieles mehr.

Wir wollen um verschiedene Lebensentwürfe streiten und diese Debatte in die PDS hineinbringen, diese kritisch hinterfragen und auf eventuelle Unterschiede aufmerksam machen. Werden zum Beispiel Forderungen junger Menschen nach dem „Recht auf Faulheit“ im neuen Programm-entwurf berücksichtigt? Vertritt die PDS-Bildungspolitik wirk-

lich die Interessen der jungen Mitglieder? Wie sieht es mit der Mit- und Selbstbestimmung Jugendlicher in Partei und Gesellschaft aus? Und führen diese Fragen im Grunde zu dem Ergebnis, dass Jugendliche mit ihren Lebensentwürfen an ein Ende der Toleranz anderer Generationen stoßen? Ist es möglich, individuelle Zukunftsvorstellungen wirklich zu leben, oder werden wir darin ausgebremst, reglementiert und behindert?



Wir möchten diese Debatte im großen Plenum führen, für das wir über 350 Teilnehmer im Kunsthaus Tacheles in der Oranienburger Straße in Berlin erwarten. „Stop your wars“ (Irakkrieg), „Jugend im Entwurf“ (Programm-entwurf), „Big brother is watching you“ (Videoüberwachung) sind nur einige Titel der sich an das Plenum anschließenden Arbeitskreise.

Wir wollen motivieren, jungen PDS-Mitgliedern Mut geben, in ihren Kreisen und Ländern Aktionen eigenständig zu starten.

Wir möchten das Wochenende im weltweit bekannten Off-Szene Standort Tacheles mit Konzerten, einer Party, Jonglier- und Feuerspuckangeboten und vielen Multimediapräsentationen zu einem Event für die Teilnehmer machen. Es wird knallharte Diskussionen mit Trägern von PDS-Politik geben. Alles mit der Hoffnung verbunden, mehr als nur eine „Konferenz“ zu veranstalten.

Ab Anfang Mai sind wir mit dem kompletten Angebot, mit Informationen, Ansprechpartnern, Ideen und Anmelde-möglichkeiten online unter www.sozialisten.de. Oder ihr meldet euch direkt bei mir.

*Dominic Heilig ist Bundesjugendreferent der PDS
dominic.heilig@pds-online.de*



Ein Neuer für Halberstadt

von Andreas Henke – PDS-Kandidat für das Oberbürgermeisteramt in Halberstadt

Am 11. Mai wählen die Bürgerinnen und Bürger Halberstadts ihren neuen Oberbürgermeister. Mit Weitblick hat die PDS-



Andreas Henke

Basis der Stadt vor gut einem Jahr entschieden: Wir stellen einen Kandidaten. Die vergangenen Monate waren eine Phase des Abwägens und gründlicher Überlegung. Doch nach unzähligen Gesprächen mit der Familie, Freunden und politischen Wegbegleitern hat die Erkenntnis Oberhand gewonnen, dass ich nach 13 Jahren aktiven Wirkens in der Kommunalpolitik bereit sein muss, auch ein höheres Maß an Verantwortung zu übernehmen. Gerade dies hat unsere Stadt dringend nötig.

Vielen Kommunen des Landes gleich durchlebt auch Halberstadt eine tiefe finanzielle Krise. Damit lassen die Ausgangsbedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des Oberbürger-

meisters schwierige Auseinandersetzungen erwarten. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind vor dem Hintergrund der leeren Stadtkasse auf ein Minimum reduziert. Und gerade daran will ich meine Verantwortung festmachen. Es werden Prämissen zu setzen sein, da ist die eine oder andere Gratwanderung vorprogrammiert.

Ungeachtet der Tatsache, dass Bund und Land in die Pflicht genommen werden müssen, für eine angemessene Finanzausstattung der Städte und Gemeinden zu sorgen, brauchen wir vor Ort den Mut zur neuen Bewertung aller Aufgaben, den Mut, Prioritäten zu setzen und Einsparpotenziale zu erschließen.

Im Kern geht es darum, durch sinnvolles, folgeabschätzendes Sparen eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung für die nächsten Jahre zu erlangen. Aus meiner Sicht sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung. Wir brauchen erstens überschaubare Strukturen, die eine effektive und gleichsam transparente Form des Verwaltungshandelns erlauben, ohne Abstriche an der für den Bürger unmittelbar erlebbaren Dienstleistung. Darüber hinaus muss es zweitens gelingen, durch die Erarbeitung und Umsetzung eines Wirtschaftsentwicklungskonzeptes die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt auf eine solide, verlässliche Basis zu stellen, um die Ausgaben für die Förderung von Kindern und Jugendlichen, für die Seniorenbetreuung, für ein attraktives Angebot an Kunst, Kultur und Sport uneingeschränkt fortführen zu können. Das gehört zur politischen Verantwortung des Oberbürgermeisters, dafür trete ich zur Wahl an.

Im Visier: Theater Zeitz

von Thomas Illgen

Die Stadt Zeitz im südlichen Zipfel Sachsen-Anhalts hat 30.000 Einwohner. Zurzeit jedenfalls noch. Zur Wendezeit waren es 40.000. Und Zeitz hat ein Theater. Mit 35 Mitarbeitern. Zurzeit jedenfalls noch. Zur Wendezeit waren es 200. Das Theater Zeitz wurde im Oktober 1945 gegründet. Gegen des ausdrücklichen Willen des damaligen Zeitzer Magistrats – von einem russischen Juden, der Goethe liebte und die große, humanistische deutsche Kultur aus tiefstem Herzen hoch achtete. Er war seinerzeit Kulturoffizier und konnte so etwas befehlen. Nachdem das Theater aus der Taufe gehoben war, entwickelte es sich sehr rasch und wuchs bald zu einem gut funktionierenden Dreispartentheater heran. Namhafte Bühnenkünstler und Persönlichkeiten des Musiklebens gingen aus dem Ensemble hervor. Es gab Höhen und Tiefen, natürlich. Vor der Wende gab es nach einem Intendantenwechsel noch einmal einen heftigen Auftrieb. Und dann kam die Wende. Und mit der Wende kamen Formationen, die gegen das Theater mit gestreckter Lanze ritten. Diese erreichten 1993 die Schließung des Hauses per Kreistagsverdict. Dagegen formierte sich eine Bürgerbewegung. Der Schließungsbeschluss wurde zurückgenommen. Es gab einen Rechtsträgerwechsel. Fortan wurde das Haus unter dem Dach eines Vereins mit öffentlichen Mitteln privatrechtlich geführt. Ein kleines integriertes Ensemble, auf 50 Mitarbeiter reduziert und aus Schauspielern, Sängern und einem Orchester bestehend, arbeitete in völlig reformierter Struktur, bot seine Leistungen landesweit, teilweise sogar bundesweit mit Erfolg an und kümmerte sich besonders um die kulturelle und soziokulturelle Betreuung von Kindern und Jugendlichen und von sozial in die Ecke gedrängten Gruppen. Unterdessen wurden in mehreren Schritten Gelder gekürzt., so dass im Jahre 2002 eine weitere Reduzierung auf 35 Beschäftigte die nicht zu verhindernde Folge war. Es wurde nach wie vor aber eine solide Arbeit geleistet. Ein Finanzierungsvertrag bis 2005 wurde mit den beteiligten öffentlichen Geldgebern abgeschlossen. Jetzt wurde durch den Kreistag des Burgenlandkreises die Reduzierung der Zuwendungen auf Null verfügt. Seitdem wehren sich die Zeitzer Theaterleute gegen den Finalschnitt ...

PDS

Jetzt Mitglied der PDS werden!

Einmischen

Infos unter

03 91/7 32 48 40 oder

www.pds-sachsen-anhalt.de

Einbringen

EINTRETEN

Frühling in Magdeburg

von Dennis Jannack

Neue Wege gehen junge Mitglieder und Sympathisanten der Magdeburger PDS. Ende Februar gründeten sie eine neue Basisorganisation, die „BO Frühling“



war geboren. Frühling nicht nur, weil diese Jahreszeit vor der Tür stand, Frühling steht auch für etwas Neues. Organisatorisch ist die BO etwas Neues, da sie von einem starren Wohnortprinzip absieht und ihre Mitglieder im gesamten Magdeburger Stadtgebiet (und in Halle)

wohnen. BO-Treffen finden alle sechs Wochen abends statt, dazwischen gibt es einen Termin, der variabel gelegt wird. So besteht die Möglichkeit, dass viele Mitglieder der BO an den Treffen teilnehmen. Verständigt wurde sich, dass die Mitgliedsbeiträge im Bankeinzug bzw. durch Daueraufträge beglichen werden. Damit fällt die Kassiererei des Beitrages weg, was der BO Zeit und der Stadtgeschäftsstelle Verwaltungsaufwand spart.

Für die Kommunikation soll verstärkt auf den Einsatz neuer Medien gesetzt werden. Einladungen gibt es per E-Mail und eine Homepage ist in Arbeit.

Frühling steht aber nicht nur für eine neue Arbeitsweise, sondern auch für eine neue inhaltliche Arbeit und die Unterstützung von Reformbemühungen. Die BO will sich aktiv an der Programmdenbatte beteiligen und diese mit eigenen Veranstaltungen begleiten.

Fuxbau in Hettstedt – 4 Jahre ein volles Haus

von Katja Müller



Als die „ROTfüchse“ am 1. Mai 1999 ihr eigenes Vereinslokal, den Fuxbau, einweihten, hatten sie bereits neun erfolgreiche Vereinsjahre und einen Streifzug durch mehrere provisorische Domizile in Hettstedt hinter sich. Doch plötzlich sollte es noch viel mehr Möglichkeiten geben, junge Leute in der Region für linke Politik zu begeistern. Mit Stefan Gebhardt als 1. Sprecher des Vereins und unterstützt von der PDS auf Kreis-

sowie auf Landesebene haben die „ROTfüchse“ nun schon wieder vier spannende und arbeitsreiche Fuxbaujahre hinter sich. Vier Jahre, in denen man im eigenen Vereinslokal Konzerte, Partys, Kino und Kneipe mit politischen Aktionen, Seminaren, Diskussionsrunden und Wahlkampf mixte und dabei stets auf sich aufmerksam machte. Auch zahlreiche Persönlichkeiten kamen auf Einladung der „ROTfüchse“ nach Hettstedt. Zuspruch und Akzeptanz wuchsen, man war in den Medien präsent, der Fuxbau wurde voller und voller, der Verein konnte stets Neueintritte verbuchen. Dabei wollten einige der neuen Mitglieder ursprünglich nur mal eben ein Bier trinken. Das Konzept, junge Leute durch Kultur und Spaß für inhaltliche Themen zu sensibilisieren, schien aufzugehen.

Bleibt zu hoffen, dass die Arbeit der „ROTfüchse“, auch durch die Unterstützung der vielen Sympathisanten, Genossen und Freunde, in Zukunft weiterhin Früchte trägt und noch viele gelungene Aktionen folgen.

www.rotfuechse.de

Kraniche aus Sangerhausen

von Juliane Heuser

Am 20. März ging es los. Die ersten Angriffe auf den Irak! Alle friedlichen Versuche hatten nichts gebracht. Ich möchte beschreiben, wie unsere Jugendgruppe „The New Generation – jung & dynamisch“ versuchte mitzuhelfen, den Irakkrieg zu verhindern!



Wir sind Jugendliche aus Sangerhausen und Umgebung, die sich durch den drohenden Irakkrieg zusammengefunden hatten. Gemeinsam haben wir 1.000 Friedenskraniche gebastelt und diese mit einem offenen Brief, in dem wir unsere Ängste und Befürchtungen zu einem Krieg schilderten, an Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer geschickt. Leider bekamen wir keine Antwort. Die Idee mit den Kranichen kam uns aufgrund der Geschichte eines kleinen japanischen Mädchens, das durch den Atombombenabwurf der USA auf Japan erkrankt war. Sie nahm sich vor, 1.000 Kraniche zu basteln. Sie sollten ihr Gesundheit und Glück bringen. Doch sie starb und schaffte nur 664 Kraniche. Seit damals sind diese Kraniche wie unsere Friedenstaube ein Symbol für den Frieden.

Außerdem nahmen wir an den täglichen Mahnwachen gegen den Irakkrieg, die in Sangerhausen seit Mitte Januar stattfanden, teil. Wir waren auch bei der Großdemonstration am 15. Februar in Berlin dabei.

Doch leider haben unsere Proteste und die aller friedliebenden Menschen weltweit nichts gebracht. G. W. Bush führt jetzt Krieg. Wir jungen Leute kennen die schrecklichen Folgen eines Krieges nur aus Dokumentationen, Filmen usw. Wir wollen sie nicht „live“ erleben. Krieg ist nie ein Mittel, um Konflikte zu lösen. Deshalb Schluss mit dem Krieg!

Gedächtnis der Menschheit

von Dietrich Löffler

Die Bücherverbrennung am 10. Mai vor siebzig Jahren war der Höhepunkt einer „Aktion wider den undeutschen Geist“, die Mitte April 1933 begonnen hatte. Damals schon wurden die ersten Listen mit Namen von Autoren verbreitet, deren Werke für das Autodafé bestimmt

„Exodus der deutschen Literatur begann.“

waren. Zu ihnen zählten Karl Marx und Karl Kautsky, Heinrich Mann, Ernst Glaeser, Erich Kästner, Friedrich Wilhelm Förster, Sigmund Freud und seine Schule, Emil Ludwig und Werner Hegemann, Theodor Wolff und George Bernhard, Erich Maria Remarque, Alfred Kerr, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky, deren Bücher in allen deutschen Universitätsstädten mit Feuerprüchen verbrannt wurden.

Diese nächtlichen Schauspiele waren ein Symbol der Mobilmachung gegen den aufklärerisch-demokratischen Geist der deutschen Literatur. Schon am Tag darauf legte der Börsenverein für den deutschen Buchhandel seinen Mitgliedern nahe, Bücher dieser und weiterer

Autoren nicht zu verbreiten, und bald darauf gab das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Fortbildung eine noch umfänglichere Liste an die Bibliotheken mit der Empfehlung, ihre Bestände von diesen Autoren zu säubern. Es begann der Exodus der deutschen Literatur. Jene der inkriminierten Autoren, denen die Flucht nicht gelang, waren am Leben bedroht – Erich Mühsam und Carl von Ossietzky sind in Deutschland zugrunde gegangen. In der Emigration aber kamen Intellektuelle und Schriftsteller zusammen, um die verbrannten Bücher und Material über die Verfolgung zu sammeln. 1934 wurde in Paris die „Deutsche Freiheitsbibliothek“ eröffnet, zu deren Schirmherren Herbert George Wells und Bertrand Russel, Romain Rolland und André Gide gehörten. In ihr fand die von den Nazis vertriebene Literatur des Humanismus, der Demokratie und Freiheit ihre Heimstatt. Sie ist nicht erhalten geblieben, weil sie nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht der Gestapo in die Hände fiel. Aber sie war damit nicht tot – ihre Idee lebte und wirkte fort in den emigrierten Verlagen in Moskau, Stockholm, New York und Mexiko-Stadt. Nach dem Krieg kehrte sie in Gestalt ihrer Bücher nach Deutschland zurück,

nicht ohne Hindernisse und Schwierigkeiten, in den Westen zögerlich, später aber in großer Vielfalt, in den Osten rasch, später durch Zensur eingeengt. Die großen Reihen der Nachkriegszeit knüpften an die Tradition Freiheitsbibliothek an, indem sie die Werke ehemals verfemter Autoren herausgaben und aus der Weltliteratur jener Autoren, die im gleichen Geiste schrieben. Der Aufbau-Verlag versammelte sie, an den Namen der Deutschen Freiheitsbibliothek erinnernd, in der „Deutschen Volksbibliothek“ und der „Bibliothek fortschrittlicher deutscher Schriftsteller“, der S. Fischer Verlag in der Fischer-

10. Mai – Tag des freien Buches

Bücherei, der Rowohlt-Verlag und der Suhrkamp-Verlag, auch wenn sie den Begriff Bibliothek in den Reihen nicht führten, in „Rowohlts Rotations-Romanen“ und in der „edition suhrkamp“. In diesen Reihen schlägt sich nieder, was Leibniz in Bezug auf die Bibliothek einmal das „Gedächtnis der Menschheit“ genannt hat. Dem Fortwirken dieser Idee ist der „Tag des freien Buches“ gewidmet.

Landesregierung vernachlässigt Sozio- und Breitenkultur

von Stefan Gebhardt

„Der Förderung der Breiten- und Volkskultur gilt in den nächsten Jahren unsere besondere Aufmerksamkeit.“ So steht es geschrieben, nicht in irgendeinem Diskussionspapier, nicht in irgendeinem Antrag, der erst beschlossen werden müsste – nein, es ist ein Satz aus dem Koalitionsvertrag von CDU und FDP in Sachsen-Anhalt. Wenn man die Landesregierung nun beim Wort nimmt, sollte man meinen, dass der Kultur in der Breite, also der Soziokultur und der Breitenkultur eine besondere Beachtung und Förderung der neuen Regierung zugute käme. Doch weit gefehlt – die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Zum einen ist die Sparte „Soziokultur“ so ziemlich die einzige, die über keine institutionell geförderte Landesvereinigung verfügt. Zum anderen wurden die Fördermittel für Sozio-

kulturelle Zentren im Landeshaushalt so drastisch gekürzt, wie noch nie in den Jahren zuvor. Von einer „besonderen



Stefan Gebhardt

Aufmerksamkeit“ gegenüber der Sozio- und Breitenkultur seitens der Landesregierung kann also keine Rede sein.

Dem will die PDS-Fraktion im Landtag entgegenwirken: Es wurde eine Große Anfrage an die Landesregierung zur Soziokulturellen Arbeit im Land erarbeitet. Damit soll auf die Probleme in dieser Kultursparte aufmerksam gemacht und die Verantwortlichen für diesen Kulturbereich sensibilisiert werden.

Auch eine institutionell geförderte Landeseinrichtung für Soziokulturelle Arbeit soll es nach dem Willen der PDS-Fraktion recht bald geben. Dazu soll noch vor der Sommerpause ein Antrag in den Landtag eingebracht werden. Wenn schon nicht die Landesregierung, die PDS-Opposition im Landtag wird auch künftig dieser wichtigen Kultursparte „besondere Aufmerksamkeit“ widmen.

PDS zur Schulentwicklungsplanung in Sachsen-Anhalt

Wir dokumentieren das Konzept der Zeitweiligen Arbeitsgruppe „Schulnetzplanung“ beim Landesvorstand der PDS in stark gekürzter Fassung. (Stand 12. 04. 2003)



Bildung hat hohe Priorität

(...) Die PDS in Sachsen-Anhalt tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen in Stadt und Land gleichwertige Chancen haben, gute Schulen zu besuchen, dass allen die Möglichkeit gegeben ist, jeden angestrebten Abschluss einer allgemein bildenden oder berufsbildenden Schule zu erlangen. Dazu bedarf es auch eines in der Fläche ausgewogenen Netzes leistungsfähiger Schulen. Die PDS Sachsen-Anhalt sieht in der Gestaltung der Schulnetze eine wichtige Frage sozialer Chancengleichheit und individueller Lebensperspektiven, der kulturellen Identität von Dörfern, Städten und Stadtteilen, sie sieht Schulen als Orte des Lernens und Lebens sowie als wichtige Kristallisationspunkte regionaler Entwicklung. (...)

Demografische Lage zwingt zu neuen Lösungen, erfordert neue Denkansätze

Die PDS in Sachsen-Anhalt ist sich der besonderen demografischen Situation bewusst, in der sich unser Land befindet. (...) Dennoch hält es die PDS in Sachsen-Anhalt für notwendig, Vorsorge zu treffen, dass auch bei wieder wachsenden Schülerzahlen ausreichende und gute Ausbildungsbedingungen zur Verfügung stehen. Sie plädiert deshalb dafür,

Schulstandorte auch dann zu erhalten, wenn sie zeitweilig die geforderte Mindestschülerzahl unterschreiten. (...) Die PDS in Sachsen-Anhalt hält es in dieser Lage für besonders wichtig, den politischen Schwerpunkt ihres Wirkens darauf zu richten, dass Kinder und Jugendliche sich gut entwickeln und im Leben in unserem Land eine Perspektive sehen können. In diesem Sinne kann eine zukunftsfähige Schulentwicklungsplanung selbst einen Beitrag leisten, ihre eigenen Planungsvoraussetzungen zu verbessern.

Schulstandorte enger mit regionaler Entwicklung verbinden

Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert auf der Grundlage des Schulgesetzes auch unter schwierigen Bedingungen ein regional ausgeglichenes und leistungsfähiges Bildungsangebot im ländlichen Raum und in den Städten. Die Entwicklung der Schulstandorte soll enger mit der Entwicklung des ganzen Landes und der Planungsregionen verbunden werden. Eine Konzentration der Bildungsangebote allein auf die größeren Städte lehnt die PDS in Sachsen-Anhalt ab. (...) Eine engere Verbindung der Planung der Schulstandorte mit der gesamten regionalen Entwicklungsplanung bedeutet deshalb, Schulstandorte zu erhalten und

auszubauen, wo sie wichtige Kristallisationskerne der Regionen und Kommunen sind. Zu bewerten sind Wirtschaftsstandorte, exponierte Verkehrslage, Ansiedlungsdynamik aber auch kulturelle und sportliche Traditionen und Entwicklungen. Schulen als solche Kristallisationskerne zu erhalten, muss im Rahmen des Schulgesetzes auch möglich sein, wenn die Mantelbevölkerung nicht ausreicht, die allgemein im Lande geforderte Mindestschülerzahl zu erreichen.

Für leistungsfähige Schulstandorte mit einem breiten Bildungsangebot

Dennoch muss es um leistungsfähige Standorte mit einem breiten Bildungsangebot gehen.

Leistungsfähigkeit misst sich in diesem Zusammenhang für die PDS in Sachsen-Anhalt vor allem daran, wie es gelingt, allen Kindern und Jugendlichen gute und umfassende Bildung zu ermöglichen. (...) Schule muss immer mehr auch sozialen Nachteilsausgleich leisten. Dem können viele Schulen derzeit nicht ausreichend gerecht werden. Die PDS in Sachsen-Anhalt tritt in diesem Zusammenhang für die Schaffung komplexer Bedingungen dafür ein, dass die große Mehrheit der Jugendlichen aus allen Bevölkerungsschichten mindestens den Realschulabschluss erlangen kann, Bildungszugang nicht eingeschränkt, niemand von Bildung ausgeschlossen wird. (...)

Schulen sollen ihre inhaltliche und pädagogische Arbeit, ihr gesamtes Schulleben mehr und mehr selbst gestalten und verantworten können. Schulprogramme helfen, die Arbeit zu qualifizieren und kritisch zu überprüfen. Schulen sollen eigene Schulprofile ausprägen und sich hin zur Gesellschaft öffnen. Um diesen sehr anspruchsvollen Zielstellungen gerecht werden zu können, sind angemessene materielle Ausstattung, über die Schule hinaus reichendes gesellschaftliches und privates Engagement wichtig. Entscheidend werden aber auch künftig die Schulleitung und das Kollegium der Lehrerinnen und Lehrer und der weiteren pädagogischen Fachkräfte bleiben, die der Schule vor allem ihr pädagogisches Gepräge geben. Der Stabilität der Kollegien der Lehrerinnen

und Lehrer sowie der weiteren pädagogischen Fachkräfte wird große Bedeutung beigegeben. (...)

Gute Schule verlangt ein Mindestmaß an Lehrkräften, weiteren pädagogischen Fachkräften, auch an Schülerinnen und Schülern. Das Fachlehrerpotenzial muss eine qualifizierte und stabile Versorgung in den mannigfaltigen Unterrichtsfächern sowie weitere schulische Bildungsangebote gewährleisten.

An kleinen Schuleinheiten kann das Fachspektrum des Kollegiums eingeschränkt sein, sind die schülerzahlbezogenen Lehrerstundenzuweisungen niedriger, das Bildungsangebot über die festgelegte Stundentafel hinaus meist gering. Das muss gegen die unbestreitbar auch vorhandenen Vorteile gut abgewogen werden.

Die PDS in Sachsen-Anhalt spricht sich dagegen aus, in der weiteren Entwicklung der Schulnetze Konzentrationsprozesse auszulösen, die zu sehr großen Schulen und in deren Folge zu zahlenmäßig sehr starken Klassen im allgemein bildenden Bereich führen. Sekundarschulen mit über 600, Gymnasien und Gesamtschulen mit über 1.000 Schülerinnen und Schülern hält die PDS in Sachsen-Anhalt für pädagogisch problematisch und im Interesse eines ausgewogenen Schulnetzes für kontraproduktiv. Die PDS in Sachsen-Anhalt hält es für möglich, ab 2006 von der starren Festlegung von Mindestzügigkeiten abzukommen und schrittweise anstelle von Bestimmungen zur Klassenbildung im Sekundarbereich zu einer schülerzahlbezogenen Lehrerstundenzuweisung überzugehen.

Sekundarschulen – Kern des allgemein bildenden Schulwesens in Sachsen-Anhalt

Sekundarschulen werden auch in Zukunft jene Schulen sein, die die meisten Schülerinnen und Schüler besuchen. Die Leistungsfähigkeit dieser Schulen muss daher erhöht werden.

Die Sekundarschulen bleiben in den politischen Zielen der PDS in Sachsen-Anhalt die wichtigste Schulform. Sie sollen allen Kindern und Jugendlichen eine Bildung anbieten, die eng mit dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verbunden ist, und alle weiterführenden Qualifikationslaufbahnen, einschließlich der akademischen, ohne Umwege und zusätzliche Hürden eröffnen kann.

Deshalb soll diese Schule überall und für jede und jeden ein attraktives und gut erreichbares Bildungsangebot sein. Mindestens in jedem Grundzentrum sollte eine Sekundarschule bestehen. In diesem Sinne sollen Sekundarschulen das konstituierende Element der Schulentwicklungspläne sein. Ausgehend von dem in der Fläche vorzuhaltenden Sekundarschulnetz soll die Planung und Entwicklung der weiteren Schulstandorte erfolgen. (...)

Es besteht unmittelbarer Handlungsbedarf, zusätzliches Schulsterben zu verhindern

Mit der grundlegenden Novellierung des Schulgesetzes in diesem Jahr, der Neufassung der Verordnung zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung und der Aufforderung an die Landkreise und kreisfreien Städte, die Schulentwicklungspläne bis zum 31. Dezember 2003 nach den neuen rechtlichen Regelungen zu überarbeiten, entsteht unmittelbarer Handlungsbedarf, zusätzliches Schulsterben zu verhindern.

1. Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert von der Landesregierung Regelungen, die es ermöglichen, in bestimmten Regionen von der bisher geforderten durchschnittlichen mindesten Schülerzahl pro Jahrgang abzuweichen, wenn dies mit Erfordernissen der regionalen Gesamtentwicklung begründet ist. Ausgehend vom Landesentwicklungsplan tritt die PDS dafür ein, wenigstens in den Grundzentren Bildungsangebote mindestens bis zum 10. Schuljahrgang vorzuhalten. In bevölkerungsschwachen Grundzentren sollte dazu auf der Grundlage des Schulgesetzes eine Sekundarschule auch mit einer mittleren Jahrgangsbreite von lediglich 30 Schülerinnen und Schülern genehmigungsfähig sein. (...)
2. Die PDS in Sachsen-Anhalt warnt nachdrücklich aus grundsätzlichen bildungspolitischen Erwägungen aber auch aus planerischen Gründen vor der Einführung von Hauptschulen und Hauptschulklassen auf der Grundlage des nunmehr gültigen Schulgesetzes. Jede weitere Aufspaltung der in der Zahl abnehmenden Schülerschaft auf getrennte Schulformen und -klassen wird das Schulnetz weiter ausdünnen und Schulwege zusätzlich verlängern.

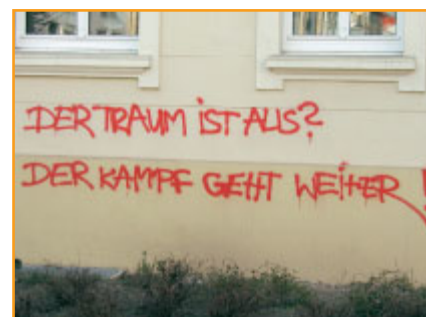
Die PDS tritt vielmehr für Schulverbünde und Gesamtschulen in integrierter und kooperativer Form ein, die in bestimmten Regionen helfen können, qualifizierte Bildungsangebote bereitzustellen und einen effektiven Einsatz der Lehrkräfte zu gewährleisten. (...)

3. Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert, die Mindestschulgrößen im Sekundarschulbereich nicht wie vorgesehen starr bis zum Jahr 2009 festzuschreiben, sondern zeitweilig auch eine mittlere Jahrgangsstärke von 30 Schülerinnen und Schülern zuzulassen, wenn künftig wieder ein Anstieg der Schülerzahl begründet erwartet werden kann, um so dem Sekundarschulnetz Stabilität zu verleihen und ein zusätzliches Schulsterben zu verhindern.
4. Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert, die 5. und 6. Schuljahrgänge der Sekundarschulen für eine Übergangszeit, mindestens für zwei Jahre, aus der Beurteilung der Schulmindestgrößen herauszuhalten.

Damit soll vermieden werden, dass die 2003 in die Sekundarschule eintretenden zahlenmäßig schwachen 4. Schuljahrgänge sich sofort auf die Genehmigungsfähigkeit der Sekundarschulen auswirken und unter anderen rechtlichen Voraussetzungen eingeleitete Planungsschritte empfindlich gestört werden.

Außerdem zeichnet sich in diesem Jahr eine starke Anwahl des Gymnasiums ab dem 5. Schuljahrgang ab. Unklar bleibt, ob dieser Trend anhält und wie viele Kinder an die Sekundarschulen zurückkehren. Die PDS schlägt deshalb vor, bei der Planung der Sekundarschulen von dem bisher regional üblichen Übergangsverhalten nach der gemeinsamen Förderstufe auszugehen.

Das Konzept soll nach einer abschließenden Beratung mit den PDS-Bildungspolitikern der Landkreise am 26. April 2003 dem Landesparteitag im Juni vorgelegt werden.



Nicht mit allen für den Frieden!

Die Friedensgruppen und -bündnisse in Magdeburg, Halle und anderen Städten hatten in den vergangenen Wochen mit etwas Neuem, aber wohl nichts Unerwartetem zu tun. Auf ihren Aktionen tauchten Nazis auf und konnten teilweise ungestört ihre menschenverachtende Propaganda verteilen.

In Magdeburg reagierten die Organisatoren mit rhetorischen Abgrenzungen, aber ernsthafte Versuche sie auszuschließen gab es kaum. Im Gegenteil, junge Antifaschisten wurden beschuldigt diese Situation hochzuspielen. Nicht die Nazi-Propaganda, sondern die „Nazis raus“-Rufe wurden als störend empfunden.

Mein Eindruck war, es gibt einen heimlichen Konsens, jeder gegen den Krieg wird gebraucht. Und gerade dies wurde in einigen Redebeiträgen klar. Erschreckend war, dass diese von Menschen kamen, die in der Vergangenheit „Anti-Rechts-Projekte“ mitgetragen haben.

Höhepunkt einer Kundgebung in Magdeburg waren die Überlegungen, die Nazis ans Mikrofon zu lassen. Dies wäre der Punkt für mich gewesen zu gehen. Ich habe keine Lust auf gemeinsame Veranstaltungen mit Menschen, die noch 1991 die Mahnwachen gegen den Golfkrieg regelmäßig angegriffen haben, die in den letzten 13 Jahren über 120 Menschen auf ihren Gewissen haben.

Es ist Zeit, dass wir uns über die Fakten Gedanken machen. Dies muss auch in den Kreis- und Stadtvorständen geschehen. Die Vertreter der PDS in den Bündnissen müssen auf diese Situationen vorbereitet sein und mehr Einfluss auf den Ablauf der Veranstaltungen nehmen. Dazu müssen sich einige Vorstände stärker in den Bündnissen engagieren. Und es sollte gelten: kein Rederecht für Nazis, keine Diskussionen mit ihnen, keine Plattform für ihre Menschen verachtende Ideologie.

Dennis Jannack, Magdeburg

Fragwürdige Stadionneubauten

In Halle und Magdeburg ist seit Monaten eine außerordentlich interessante Debatte zum geplanten Neubau von Stadien im Gange. In Magdeburg will man sich eine Arena für 25.000 Zuschauer bauen, in Halle soll die so genannte Saalearena künftig 20.000 Besucher fassen. Der kritische Beobachter dieser Diskussion reibt sich verwundert die Augen. Waren nicht erst vor einiger Zeit die Oberhäupter beider Städte auf der Straße und knipsten symbolisch in ihren Rathäusern wegen Finanzknappheit die Lichter aus? In

„Modernisierung vor Neubau“

Magdeburg ist es nicht nur symbolisch gemeint. In einigen Straßenzügen wird nachts die Beleuchtung wegen Geldmangels ganz abgeschaltet. In beiden Städten stehen Bibliotheks- und Jugendklubschließungen ins Haus. Im selben Atemzug plant man nun Millionenneubauten. Dabei haben eigentlich beide Städte Traditionsstätten. Das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle und das Ernst-Grube-Stadion in Magdeburg sind jedem Fußballkenner ein Begriff. Beide Stätten sind zwar in einem bedauernswerten Zustand, aber das ließe sich ja Stück für Stück verändern. Überhaupt: Wer soll eigentlich in den neuen Prunktempeln spielen? Sowohl der HFC in Halle wie auch der 1. FCM kicken vor nicht mehr als 2.500 Leuten in der 4. Fußballliga, ohne dass es eine realistische Perspektive gen 2., geschweige denn 1. Bundesliga gäbe. Letzte Hoffnung in Halle besteht darin, einige Happen von möglichen, heute aber in den Sternen stehenden Olympischen Spielen 2012 in Leipzig abzubekommen. Alles zusammen genommen riecht das ein wenig nach der Klärwerksbaumentalität der frühen goer Jahre im Osten. Die Zeche müssen dafür heutige und nachfolgende Generationen zahlen. Daraus sollten doch längst die Schlussfolgerungen gezogen worden sein. Ein Blick nach Dessau ist dabei vielleicht hilfreich. Hier hat man das Paul-Greifzu-Stadion mit überschaubaren finanziellen Mitteln modernisiert und somit erhalten.

open air mit
Charo, Lunalone, Apes in Space,
The DownFall, „...auch“, Güübs,
Fem Fantastics, Eskimobaby, DJ Olli

Moderation
Stephan Michme

Talkgäste
Petra Sitte, Rosemarie Hein,
Wolfgang Gehrcke, Matthias Höhn

8. Mai 2003
18 bis 22 Uhr
Magdeburg
Alter Markt

Wir unterstützen den
Wiederaufbau
im Irak und sammeln
Spendengelder
für die UNICEF Kinderhilfe.

Landtagsfraktion der PDS Sachsen-
Anhalt, Dates, City Cards, Aktion
Musik (Gröninger Bad)

Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Chefredakteur: Matthias Höhn (MdL) · **Redaktion:** Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Anke Lohmann, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Dr. Martin Reso, Achim Spaeth

Satz/Layout: Andrea Johlige · **Druck:** UngerDruck, Barleben · **Auflage:** 5.800 Exemplare · **Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. April 2003 · klartext erscheint jeden zweiten Monat.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de



Termine der PDS Sachsen-Anhalt

4. Mai
Friedensweg der OFFENen HEIDE
(www.offeneheide.de)
10. Mai, 10.00 Uhr
Beratung des PDS-Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden
in Magdeburg, Ebendorfer Straße 3
11. Mai
Bürgermeisterwahl in Sangerhausen und Oberbürgermeisterwahl in Halberstadt
17. Mai, 10.00 Uhr
Workshop zur Lebenssituation von Frauen mit Behinderungen
in Magdeburg, Landtag
24. Mai
Fachkonferenz zum Stadtumbau
in Magdeburg, Landtag
28. Mai, 16.00 Uhr
Abgeordnetensprechstunde mit Matthias Gärtner (MdL)
in Magdeburg, KIZ, Ebendorfer Straße 3
(Tel.: 03 91/7 44 79 24)
31. Mai, 10.00 – 16.00 Uhr
Familienfest des PDS-Stadtvorstandes Magdeburg
in Magdeburg, KIZ, Ebendorfer Straße 3
31. Mai
„FORUM OST“
in Dessau (www.pds-online.de)
1. Juni
Friedensweg der OFFENen HEIDE
3. Juni, 17.00 Uhr
Veranstaltung mit Sylvia-Yvonne Kaufmann (MdB)
in Magdeburg, KIZ, Ebendorfer Straße 3
- 14./15. Juni
Wochenendschulung des kommunalpolitischen forums Sachsen-Anhalt e.V.
- 21./22. Juni
1. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt
in Magdeburg, BTM, Rogätzer Straße 8
25. Juni, 16.00 Uhr,
Abgeordnetensprechstunde mit Stefan Gebhardt (MdL)
in Magdeburg, KIZ, Ebendorfer Straße 3
26. Juni
Tag der Soziokultur in Halle
- 28./29. Juni
Parteikonferenz der PDS zur Partiareform
in Suhl